

1. Nachhaltiges Miteinander von Land und Kommunen

Ein tragfähiges Verhältnis zwischen Land und Kommunen setzt den Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung voraus. Städte, Gemeinden und Landkreise sind keine nachgeordneten Vollzugsstellen, sondern eigenständige demokratische Ebenen mit verfassungsrechtlich geschützter Verantwortung. Deshalb bekennt sich die SPD Sachsen-Anhalt zu starken kommunalen Gestaltungsspielräumen und zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Land.

Im Wahlprogramm heißt es dazu: „Kommunale Selbstverwaltung ist ein Verfassungsprinzip. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen können.“ (Kapitel „Kommunales“)

Daraus folgt für uns konkret:

- frühzeitige Einbindung der kommunalen Spitzenverbände bei Gesetzgebungsvorhaben,
- stärkere Beteiligung kommunaler Praxis bei Förderprogrammen und Verwaltungsmodernisierung,
- Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit dort, wo sie Effizienz und Qualität verbessert,
- Offenheit für regionale und örtliche Lösungen statt pauschaler Landesvorgaben.

Gerade angesichts der demografischen Unterschiede zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen braucht Sachsen-Anhalt mehr Differenzierung statt Zentralismus.

2. Auskömmliche Finanzierung und Konnexität

Ohne finanzielle Substanz bleibt kommunale Selbstverwaltung unvollständig. Deshalb misst die SPD Sachsen-Anhalt der kommunalen Finanzausstattung eine zentrale Bedeutung bei. Im Wahlprogramm wird das Konnexitätsprinzip eindeutig formuliert: „Wer bestellt, bezahlt.“

Neue Aufgaben dürfen den Kommunen nur dann übertragen werden, wenn ihre Finanzierung vollständig gesichert ist. Das gilt auch bei qualitativen Erweiterungen bestehender Aufgaben. Die Landesgesetzgebung darf die kommunalen Haushalte nicht strukturell überfordern.

Darüber hinaus sehen wir Reformbedarf bei den kommunalen Einnahmegrundlagen. Im Wahlprogramm benennen wir folgende Punkte:

- Erhalt und Stabilisierung der Gewerbesteuer als zentrale kommunale Einnahmequelle,
- höhere Anteile der Kommunen an Umsatz- und Einkommensteuer,
- Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit stärkerem kommunalem Fokus,
- bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Finanzausgleichs,
- Instrumente zur Abfederung konjunktureller Steuerschwankungen,
- verlässliche Investitionsprogramme für Schulen, Straßen, Sportstätten, Feuerwehren und Digitalisierung.

Kommunale Haushalte brauchen Planbarkeit über mehrere Jahre. Förderpolitik allein ersetzt keine solide Grundfinanzierung.

3. Bürokratieabbau und eine praxistaugliche Verwaltung

Bürokratieabbau wird häufig sehr abstrakt diskutiert. Für Kommunen stellt er jedoch eine konkrete Ressourcenfrage dar. Jede unnötige Berichtspflicht bindet Personal. Jeder doppelte Nachweis verzögert Entscheidungen. Jede überkomplexe Förderrichtlinie kostet Zeit und Akzeptanz.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht deshalb für einen funktionalen Verwaltungsstaat. In unserem Wahlprogramm heißt es, dass Verfahren verlässlich sein müssen, Zuständigkeiten klar und Entscheidungen nachvollziehbar.

Für die kommunale Ebene bedeutet das konkret:

- systematische Überprüfung von Berichts- und Nachweispflichten,
- Reduzierung von Doppelprüfungen zwischen Behördenebenen,
- vereinfachte Förderverfahren mit standardisierten Anträgen,
- stärkere Nutzung pauschalierter Förderinstrumente, wo rechtlich möglich,
- schnellere Genehmigungs- und Vergabeverfahren,
- Musterverfahren und rechtssichere Standardlösungen für häufige Sachverhalte.

Bürokratieabbau gelingt nicht durch Schlagworte, sondern durch konkrete Verfahrensanalysen.

4. Aufsicht als Unterstützung statt Misstrauen

Kommunalaufsicht ist notwendig. Sie dient der Rechtmäßigkeit und der Sicherung einer geordneten Haushaltsführung. Sie darf jedoch nicht zu einer Kultur des Generalmisstrauens führen. Gerade unter schwierigen finanziellen Bedingungen brauchen Kommunen verlässliche Ansprechpartner und konsistente Maßstäbe.

Die SPD Sachsen-Anhalt tritt deshalb für ein modernes Aufsichtsverständnis ein:

- Beratung vor Eskalation,
- Prävention vor späterer Beanstandung,
- einheitliche und nachvollziehbare Maßstäbe,
- lösungsorientierte Begleitung bei Konsolidierungsprozessen,
- Stärkung kommunaler Eigenverantwortung innerhalb des Rechtsrahmens.

Kommunale Aufsicht muss ermöglichen, nicht lähmen.

5. Digitalisierung gemeinsam und umsetzbar

Digitalisierung scheitert häufig nicht an fehlendem Erkenntnisstand, sondern an Parallelstrukturen, Insellösungen und fehlender Anschlussfähigkeit. Mit dieser Aufgabe dürfen Kommunen weder finanziell noch organisatorisch allein gelassen werden.

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt deshalb auf gemeinsame Standards und Infrastruktur. Im Wahlprogramm wird formuliert, dass digitale Systeme und Services vom Land entwickelt und bereitgestellt werden sollten, um die Kommunen bei der Umsetzung zu entlasten.

Das umfasst aus unserer Sicht:

- landesweit nutzbare Basiskomponenten und Standards,
- medienbruchfreie Antrags- und Genehmigungsverfahren,
- gemeinsame Plattformlösungen statt Mehrfachentwicklungen,
- Registermodernisierung und sichere Datenschnittstellen,
- Qualifizierung der Beschäftigten,
- hohe Standards bei Datenschutz und IT-Sicherheit,
- dauerhafte Finanzierung von Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung digitaler Systeme.

Digitalisierung ist dann erfolgreich, wenn sie den Alltag einfacher macht. Für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Beschäftigte in Rathäusern und Kreisverwaltungen.

Schlussbemerkung

Für Sachsen-Anhalt ist die kommunale Ebene von strategischer Bedeutung. Sie ist maßgeblich für die Lebensqualität, die wirtschaftliche Entwicklung und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Deshalb bleibt die Stärkung von Städten, Gemeinden und Landkreisen ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Landespolitik.